

SCHÖNE WELT



ZEITUNG DES BOCHUMER SOZIALFORUMS – NR. 3/2008

Bertelsmann privatisiert Verwaltungen

„Öffentliche Verwaltungen in private Hände – Die Bertelsmann-Stiftung will Geld verdienen“ so der Titel der DGB/VHS NRW-Veranstaltung der Reihe „Arbeit und Leben“ am 8. Mai ab 19:15 Uhr im Clubraum der VHS Bochum.

attac-VHS: Vorwärts in die Vergangenheit?

Politik, Wirtschaft und DB AG wollen die Privatisierung der Bahn, die meisten Menschen wollen sie nicht. Verabschiedet sich die Gesellschaft von der Sicherung des Rechts auf Mobilität? Do., 15. Mai, 19:15 Uhr Clubraum der VHS Bochum.

Radtour: Bochum im Nationalsozialismus

Die Bochumer Geschichtswerkstatt macht Station an Orten, die in der nationalsozialistischen Zeit von Bedeutung waren. Tagesfahrt mit Start um 9:00 Uhr am Samstag, 17. Mai 2008. Anmeldung unter T 0234 579678-72

Hartz IV Armutsatz:

0,79 Euro für das Mittagessen

Ein Kind unter 14 Jahren erhält nach dem Hartz IV Regelsatz für das reine Mittagessen nur 0,79 Euro, 10 Cent für ein Getränk der Wahl. An Schulen kostet das Essen zwischen 1,30 und 4 Euro. Die Folge: Kinder hungern, Eltern verschulden sich. In einem Land, in dem Kinder, Bildung und Werte als das Wichtigste für die Zukunft gelten.

Fünf Mahlzeiten am Tag sollen Kinder nach Meinung des Forschungsinstituts für Kinderernährung in Dortmund zu sich nehmen. Drei lässt die Bundesagentur für Arbeit zu. Selbst wenn das Mittagessen mit Beträgen über 0,79 Euro hinaus bezuschusst würde, wie sieht es aus mit Getränken, mit Frühstück, Pausenbrot, Nachmittagsnack und Abendessen? Gerade mal 2,72 Euro am Tag haben Kinder unter 14 Jahren zur Verfügung. Mathilde Kersting vom Forschungsinstitut für Kinderernährung erklärt: „Das

Arbeitslosengeld (ALG) II reicht nicht aus, um Kinder und Jugendliche ausgewogen und gesund zu ernähren.“

In Deutschland fällt jede vierte Familie unter die Armutsgrenze – dies geht nach SPIEGEL-Informationen aus einem nicht veröffentlichten Regierungsbericht zu Armut und Reichtum hervor. Die Armutsquote liegt bei 26 Prozent gegenüber durchschnittlich 18 Prozent. Noch nie war die Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland so groß wie heute. Vor drei Jahren, als der letzte Armutsbericht der Bundesregierung veröffentlicht wurde, waren es „nur“ 13,5 Prozent – zu einer Zeit, als noch fünf Millionen Menschen arbeitslos waren und nicht wie heute 3,5 Millionen. Die Kehrseite: Den 18 Prozent armen Deutschen stehen die zehn Prozent der Bürger gegenüber, denen 60 Prozent des Volksvermögens gehören.

Was in Deutschland gilt, trifft auch für Bochum zu. Das zeigt der im April vorgelegte Sozialbericht für Bochum: „Arme werden ärmer, Reiche werden reicher.“ Rund 40 000 Menschen müssen in Bochum von Hartz IV leben. Mehrere Gruppen und Personen sind stärker von Armut bedroht: Beziehen im Durchschnitt 13,7 Prozent aller Bochumer/-innen Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld, so sind es in kinderreichen Haushalten 32,3 Prozent, unter den Alleinerziehenden sogar 38,3 Prozent. Kinder stellen auch in Bochum ein wesentliches Armutsrisiko dar. Geradezu dramatisch stellt sich die Situation ausländischer Kinder und Jugendlicher dar: Mehr als die Hälfte ist von Armut betroffen.

Das Beispiel zeigt: Soziale Grundrechte verkommen zu Almosen, Hartz IV ist ein soziales Desaster und muss weg. Eine deutliche Erhöhung der Hartz IV Regelsätze wäre ein erster Schritt.



Das soziale Bochum will das Sozialticket:

Mobilität darf kein Luxus sein

Weil in Bochum die Armut zunimmt, können sich immer weniger Menschen Mobilität leisten. Die Einführung eines Sozialtickets wird deshalb von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis unterstützt. SPD und Stadtverwaltung blockieren.

Seit Jahren wächst die Zahl der von Armut betroffenen Menschen auch in unserer Stadt. Im Jahr 2007 waren rund 38.600 Menschen auf die Leistungen der ARGE angewiesen – das sind zehn Prozent der in Bochum Lebenden. Menschenwürdige Teilhabe an unserer Gesellschaft wird ihnen verweigert. Beispiel Mobilität: Für den öffentlichen Nahverkehr sind im Regelsatz für Menschen, die „Hartz IV“ empfangen, weniger als 12 Euro pro Monat vorgesehen. Ein 4er-Ticket der Preisstufe A (also zwei Hin- und Rückfahrten) kostet 7,40 Euro. Mobilität wird für Arme damit zum Luxus.

Verwaltung und SPD wollen Sozialticket verhindern

„Die Einführung eines Sozialtickets ist derzeit aus finanziellen Gründen nicht möglich.“ So der Vorschlag der Verwal-

tung für die nächste Ratssitzung am 8. Mai 2008. Die Formulierung ist die typische Verwaltungs-Lüge: Die politische Absicht wird als Sachzwang dargestellt. Denn ob Geld für Konzerthaus, den Weiterbau der DüBoDo, „Bochum macht jung“ oder für das Sozialticket ausgegeben wird, ob etwas „aus finanziellen Gründen möglich“ ist, entscheiden die Ratsmitglieder der Stadt.

Sozialticket ist möglich

In den letzten sieben Jahren haben sich Verwaltung und SPD – häufig unterstützt von den Grünen – viele Gründe für die Ablehnung von Mobilitätsvereinfachungen einfallen lassen. So wurde behauptet, dass Hartz IV -EmpfängerInnen den entsprechenden Betrag bei den Geldleistungen gekürzt bekämen, wenn sie ein kostenloses oder vergünstigtes Ticket erhalten. Beispiele in anderen Städten beweisen, dass das nicht stimmt. Dann hieß es, Bochum könne alleine kein Sozialticket einführen, das ginge nur im gemeinsamen VRR-Nahverkehrsverbund. Dortmund hat dies widerlegt. Seit Februar 2008 gibt es in der Nachbarstadt ein Sozialticket für 15 Euro im Monat. Ein

breites gesellschaftliches Bündnis hatte die rot-grüne Mehrheit unter Druck gesetzt.

Abnehmende Kraft der zwei Herzen

Wo die SPD im Ruhrgebiet – wie in Bochum – an der Macht ist, weigert sie sich, diesem Beispiel zu folgen. In Städten wie Essen oder Duisburg regiert die CDU – dort fordert die SPD lautstark das Sozialticket nach dem Dortmunder Modell. Während die SPD nach Schröder, Clement und Hartz in bundesweiten Meinungsumfragen bei 25 Prozent liegt, hat sich die Bochumer SPD noch nicht ganz aufgegeben. Auch in der SPD gibt es Kräfte, die die Politik der sozialen Kälte nicht mitmachen wollen. Zudem wächst der außerparlamentarische Druck für ein Sozialticket in Bochum weiter. Die UnterstützerInnen-Liste reicht von studentischen, Erwerbslosen- und sozialen Initiativen über Parteien bis hin zu Sozial- und Wohlfahrts-, Frauen-, Mieter- und Gewerkschaftsverbänden. Die SPD muss sich entscheiden, für was sie in Zukunft stehen will.

Niedriglohn für fast jeden 4. Beschäftigten:

Armutslöhne im Aufschwung

Die Zahl der Geringverdiener in Deutschland nimmt rasant zu: Fast ein Viertel aller Arbeitnehmer/-innen arbeitet inzwischen für ein Entgelt unter der Niedriglohnschwelle.

Das geht aus einer Studie vom Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen hervor. Insgesamt sind rund 6,5 Millionen Menschen im Niedriglohnsektor tätig – fast so viele wie in den USA. Im Vergleich zu den ebenfalls an der Studie beteiligten europäischen Ländern Dänemark, Frankreich und Niederlande hat die BRD demnach inzwischen den höchsten Niedriglohnanteil.

Das Lohnspektrum verlagere sich seit 2004 zunehmend nach unten: Berechnungen zufolge ist die Zahl der Beschäftigten mit Bruttostundenlöhnen von bis zu fünf Euro im Jahr 2004 von 1,5 Mil-

lionen auf 1,9 Millionen im Jahr 2006 gestiegen. Im Durchschnitt verdienten die Niedriglohnbeschäftigten 2006 in Westdeutschland 6,89 Euro und in Ostdeutschland 4,86 Euro pro Stunde.

Eine solche Ausdehnung des Lohnspektrums nach unten sei in anderen europäischen Nachbarländern undenkbar, weil gesetzliche Mindestlöhne zwischen acht oder neun Euro oder tarifliche Standards dies nicht zuließen, heißt es. Weiterhin auffällig ist, dass rund drei Viertel aller Niedriglohnbeschäftigten in Deutschland eine abgeschlossene Berufsausbildung oder sogar einen akademischen Abschluß besitzen. Besonders gravierend sei, dass ihre Chancen aus einem Niedriglohnjob in besser bezahlte Beschäftigung zu kommen in Deutschland besonders gering sei, stellten die Wissenschaftler fest.



Dabei sein ist alles!

Kämpfe für Selbstbestimmung und gegen globale Ausschlüsse

**BUKO31 - Kongress
9.-12.05.08
Uni Dortmund, Campus Nord**

Anmeldung und weitere Informationen unter:

www.buko.info

RUBERT



Hetze gegen Rentner geht weiter:

„Wer mit 65 topfit auf der Parkbank sitzt, ...

... erzeugt sozialen Widerwillen“, so **Meinhard Miegel (69, CDU), Vorsitzender des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft.**

Der Bundesbank geht die „Rente mit 67“ nicht weit genug. Sie verlangt eine weitere Anhebung auf 68,5 Jahre. Auch bei der „Riester-Rente“ will sie die Zügel anziehen. Die konservativen Kritiker beschwören einen neuen „Generationenkrieg“ – wegen lächerlicher 1,1 Prozent „Steigerung“, die in Wirklichkeit eine weitere Rentensenkung ist.

Der Sozialverband VDK hält dagegen: „Es gibt keinen Krieg der Generationen. Was man den heutigen Rentnern wegnimmt, belastet künftige Rentner in noch stärkerem Maße.“

Nullrunden bei der Rente und die bewusste Abkoppelung der Rentenanpassung von der allgemeinen Lohnentwicklung drücken das Rentenniveau immer weiter nach unten.“ In der Konsequenz droht ein massiver Anstieg der Altersarmut. Beschäftigte, die in den nächsten 20 Jahren weniger als drei Viertel des Durchschnittsverdienstes haben – das sind nach heutigem Geldwert knapp 1900 Euro brutto – werden nur eine „Grundsicherung“ entsprechend Hartz IV erhalten.

Im angeblichen „Generationenkrieg“ fällt eines auf: Beschäftigte und Rentner/-innen erleiden gleichermaßen Einkommensverluste, während Vermögensbesitzer weiter pro-

fitieren – seit dem Jahr 2000 mit über 50 Prozent plus. Das ist der eigentliche Skandal: Je mehr sich Alte und Junge auf einen vermeintlichen Generationenkonflikt einlassen, um so mehr tritt dieser in den Hintergrund. Denn es gilt genau andersherum: Die Lebenslage der Rentner hängt vom Erfolg gewerkschaftlicher Kämpfe um den geschaffenen Reichtum ab. Die Beschäftigten sind die Rentner von morgen. Am besten vertreten beide ihre Interessen, wenn sie für gemeinsame Ziele streiten: Für sichere Arbeitsplätze, ordentliche Löhne, die höher sind als für das blanke Überleben notwendig und für Renten, die einen Lebensabend ohne Angst ermöglichen.

Debatte: Gute Kapitalanlage

Für Welthungerhilfe und Bankenstütze

Aktuell macht der Welthunger in den reichen Ländern Schlagzeilen und die Politik zeigt sich besorgt. Aber weniger über das weltweit explodierende Elend als über den möglichen Verlust von „Stabilität“ durch gewaltsame Hungeraufstände.

Bürgerlicher Politik geht es immer vorrangig um „die Stabilität der Verhältnisse“. Dazu braucht es vor allem „Wirtschaftswachstum“ und Rentabilität. Die Rettung einer einzelnen Bank ist der Politik deshalb Milliarden wert – die Rettung von Menschenleben allenfalls ein paar Millionen. So wird Welthungerhilfe zur Heuchelei.

Befreiung von sozialen Kosten

In der Form des offenen Neoliberalismus wird bürgerliche Politik immer zynischer und skrupelloser, je mehr die staatlichen „Stabilitätsmaßnahmen“ an der Produktion sozialer Katastrophen mitwirken. In den letzten 20 bis

30 Jahren hat sich bürgerliche Politik in allen wichtigen kapitalistischen Ländern darauf konzentriert, die Freiheitsspielräume des Kapitals zu vergrößern. Denn mehr Wirtschaftswachstum sollte durch höhere Rentabilität erreicht werden. Man hat das notleidende Kapital entlastet, Steuern und „Lohnnebenkosten“ gesenkt, den „Arbeitsmarkt“ flexibilisiert. Stets wurde und wird das begleitet durch den Lobgesang auf die „Freiheit“.

Gemeint ist immer die Freiheit des privaten Kapital-Interesses. Privatkapital-Eigentümer können sich nun austoben und ungehindert ihr Interesse an Vermehrung ihres Eigentums durchsetzen. Die Renditen können nicht hoch genug sein. Spekuliert man heute mit den verschuldeten Häusern „kleiner Leute“ (USA), so wirft man sich morgen, wenn diese Blase geplatzt ist, auf Rohstoffe und Lebensmittel, um von deren steigenden Preisen zu profitieren und diese spekulativ weiter noch oben zu treiben.

Gewinne aus sozialen Nöten

Kapital verlangt Rendite und es ist ihm gleichgültig ob es diese Rendite aus Produktion und Verkauf von Luxuswaren oder Grundnahrungsmitteln ziehen kann. Sind es Grundnahrungsmittel wie Reis, Getreide etc., dann sind die sozialen Folgen besonders dramatisch. In ihrer sozialen Gleichgültigkeit wird die Ökonomie mörderisch, insofern sie auf Privatinteressen beruht und entweder aus „Not“ (Krise, drohender Bankrott) oder aus Maßlosigkeit der Raffgier keine Rücksicht kennt. Die sich weltweit vollziehende gesellschaftliche Katastrophe lässt sich nur effektiv lindern oder gar überwinden, wenn dem kapitalistischen Privateigentum zuerst die Flügel gestutzt werden. Wenn die Ökonomie der Privat-Konzerne der Bevölkerungsmehrheit nicht nutzt, sondern schadet, dann wird die Debatte um eine andere Ökonomie, um mehr staatliche, öffentliche, gesellschaftliche Produktion drängender.

Bahn-Privatisierung gegen die Mehrheit:

SPD beschließt Einstieg in den Ausverkauf

Erstmals erhalten private Investoren Einfluss auf die Infrastruktur der Bahn. Die CDU ist zufrieden mit dem „ersten“ Schritt: „Das ist ausbaufähig“.

Gegen die Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung und der Partei hat die SPD-Spitze der Bahnprivatisierung die Tür geöffnet. Dabei ließe sich aus den fatalen Folgen bisheriger Bahnprivatisierungen lernen. Unter anderem in Japan, Großbritannien, den USA und Schweden, aber auch in Ländern Afrikas und Südamerikas wurden öffentliche Bahnen privatisiert. In all diesen Ländern zeigen sich acht ähnliche Folgen: Das einheitliche Bahnsystem wird zerschlagen, Arbeitsplätze werden abgebaut und Löhne gesenkt, Komfort

und Service werden schlechter (zum Beispiel durch Bahnhof- und Schalterschließungen), Regionalverbindungen verschwinden zu Gunsten von Hochgeschwindigkeitsstrecken zwischen Metropolen, die Zuschüsse der öffentlichen Hand ans Bahnsystem steigen, die Bahn wird den Interessen von Autoindustrie, Busgesellschaften und Flugverkehrslobby ausgesetzt, Bahnhöfe verlieren ihre Funktion als Portale von Stadt und Verkehr, Bahnmobilien werden zu Spekulationsobjekten.

Deine Bahn fährt ab!

Laut dem Bündnis „Bahn für alle“ (www.DeineBahn.de) war die Abstimmung im Parteirat der SPD eine Umkehrung der Meinung in der

Partei: 73 Prozent der SPD-Anhänger, 70 Prozent der gesamten Bevölkerung sind gegen jede Privatisierung und fordern eine Bahn in öffentlicher Hand. Das hatte eine EMNID-Umfrage Ende März ergeben. Nun gilt es, den Druck nochmal zu erhöhen.

Impressum:
 Bochumer Sozialforum,
 c/o Soziales Zentrum Bochum
 44793 Bochum, Rottstraße 31
 T. 0234-5472960
 sozialforum-bochum@zeromail.org
 www.sozialforum-bochum.de

V.i.S.d.P.:
 Hans Gabi, Bochumer Sozialforum

BUKO31 in Dortmund: Dabei sein ist alles?

So wichtig der Kampf für lokale Verbesserungen ist, so wichtig ist auch die internationale Perspektive. Der seit 1977 stattfindende Kongress der Bundeskoordination Internationalismus, tanzt Pfingsten erstmals im Ruhrgebiet auf dem Campus der Uni Dortmund.

Global gesehen lebt im Ruhrgebiet mit seinen fünf Millionen EinwohnerInnen zwar nur ein kleiner Teil der Bevölkerung. Den Kampf gegen Armut und Ausgrenzung müssen hier jedoch immer mehr Menschen aufnehmen. Ein internationalistischer Blick aus dem Ruhrgebiet auf die Welt zeigt allerdings, dass überall Entrechtung stattfindet – variierend in Form und Ausmaß. Umso wichtiger ist eine Diskussion über gemeinsame Ziele, um Teilhabe und die so genannten „Globalen Sozialen Rechte“. Den richtigen Rahmen dazu bietet der 31. Bundeskongress Internationalismus (BUKO31), der vom 9. bis 12. Mai auf dem Campus der Universität Dortmund stattfindet.

Auf dem BUKO31 soll die internationale Perspektive – der Blick auf gemeinsame Rechte und weltweite Teilhabe – im Mittelpunkt stehen. Dabei werden die Schwerpunktthemen Arbeit, EU/Militarisierung, Klima und Migration anhand der Fragen analysiert, die auch den Kongress strukturieren: Wo und wie werden globale Ausschlüsse produziert? Welche Interventionen und Kämpfen existieren und sind möglich? Und wie sehen die Utopien aus, die aus diesen Kämpfen gewonnen werden und andere inspirieren können? Zum Kick-Off-Strategie-Meeting im Pott, zum Kennenlernen, Wiedertreffen, Diskutieren und Feiern werden beim BUKO31 etwa 1000 Menschen erwartet.

INFOS: BUKO31.BLOGSPORT.DE

Clement muss SPD-Mitglied bleiben!

Einige unverbesserliche und ewig gestrige Sozialromantiker wollen den verdienten Sozialdemokraten Wolfgang Clement aus der SPD werfen. Dies ist ungerecht. Denn Clement verkörpert zusammen mit Gerhard Schröder wie kein Dritter die moderne neoliberale SPD. Er hat sich nie um irgendwelchen sozialen Firle Franz gekümmert. Er war immer ein Mann der Wirtschafts- und Verkehrsförderung. Während z. B. überall sonst die Menschen sich über Feinstaub und Autolärm aufregen, hat Clement die Bochumer SPD davon überzeugt, dass das alte Denken ist. Die Bochumer SPD hat mit seiner Hilfe die „Bochumer Lösung“ durchgesetzt: Ein gigantisches Autobahnprojekt, dass bald schon viele zusätzliche AutofahrerInnen durch Bochum fahren lassen soll. Keine Nachbarstadt wird ähnliche Autoverkehrssteigerungen aufweisen können.

Vor allem: Unvergessen bleibt, wie Clement mit seinen Genossen Schröder und Hartz Armut zum Gesetz gemacht hat. Nachdem Hartz durch seine kriminellen Machenschaften in Misskredit geraten ist, sollte Hartz IV umbenannt werden. Clement hätte es verdient, dass dieses große Machwerk der SPD nach ihm benannt wird. Menschen erhalten nicht mehr „Hartz IV“ sondern z. B. den „Clement-Cent“. Es ist auch schließlich und endlich gemein, Clement vorzuwerfen, dass er jetzt, wo er auf der Gehaltsliste von RWE steht, Atomlobbyist sei. Das ist er immer gewesen. Clement ist konsequent und gradlinig. Als Minister hat er die Zeitarbeit dereguliert, jetzt sitzt er im Aufsichtsrat (Personalausschuss) des fünftgrößten deutschen Zeitarbeitsunternehmens.

Deshalb: Unterstützen Sie die Initiative „Clement muss SPD-Mitglied bleiben!“ Sie trifft sich immer mittwochs um 14.00 Uhr im kleinen Sitzungssaal der IHK am Nordring.

Termine im Sozialen Zentrum (SZ):

20. Mai, 19:30 Uhr: Café Campista: 68 und die Arbeiter-StudentInnen

Öffnungszeiten & regelmäßige Termine

Öffnungszeiten des Café:

Dienstag, Freitag von 16-19 Uhr Büchertisch [der_notstand]
 Jeden 1. und 3. Dienstag ab 20 Uhr Café Campista [attac campus]
 Jeden Freitag ab 20 Uhr [EntflammBAR]
 Jeden Samstag ab 19 Uhr [FUB-Café, Freie Uni Bochum]
 Jeden 1. und 3. Sonntag ab 19 Uhr veganes Essen [fnb, food not bombs]

Offene Gruppentreffen:

Jeden letzten Montag ab 19 Uhr Plenum des Sozialforums Bochum
 Jeden Mittwoch 19.00 Uhr JungdemokratInnen/Junge Linke Bochum
 Jeden Mittwoch 19.30 Uhr Open-Meeting im Labor
 Jeden 1. u. 3. Mittwoch 19.00 Uhr SZ-Plenum
 Jeden letzten Sonntag ab 12 Uhr Treffen des Internationalen Aktionsbündnis
 Jeden 2. Montag 19.30 Uhr Rote Hilfe

Unabhängige Sozialberatung:

Dienstag 16-18 Uhr Unabhängige Sozialberatung
 Donnerstag 11-13 Uhr Unabhängige Sozialberatung

Soziales Zentrum, Rottstraße 31, 44793 Bochum

